

# Anwesenheitskontrolle für Eritreer

Um den eritreischen Nationalfeiertag wird in Aargau kontrolliert, wo sich Flüchtlinge mit Sozialhilfe-Bezug befinden.

Janine Müller

170 eritreische Staatsangehörige leben aktuell in Aargau. Ist das Städtli Aargau deshalb ein Gefahrenherd im Hinblick auf den eritreischen Nationalfeiertag vom 24. Mai? Zur Erinnerung: Ende April wurde bekannt, dass die Kantonale Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) ein Schreiben an die Gemeinden in der Schweiz verfasst hat.

Im Brief steht unter anderem, dass die Städte und Gemeinden die eritreischen Gemeinden im Auge haben sollen. «Sollten Sie in Ihrem Gemeindegebiet von geplanten Aktivitäten in Mieträumen oder von geplanten Veranstaltungen oder Festen erfahren, empfehlen wir Ihnen eine Kontaktaufnahme mit der zuständigen Polizeibehörde», heisst es im Schreiben. Und nicht zuletzt zeugten jüngst Auseinandersetzungen, beispielsweise im solothurnischen Gerlafingen, vom hohen Gewaltpotential zwischen Regime-Gegnern und -Befürwortern.

## Kaum geeignete Versammlungsorte

Bis anhin deutet nichts darauf hin, dass es in Aargau zu Ausschreitungen kommen könnte. Und auch in der Vergangenheit habe es keine gegeben, wie die Kantonspolizei Aargau und auch Vize-Stadtpräsidentin Martina Bircher (SVP) auf Nachfrage mitteilen. «Entweder sind bei uns die Eritreer im Arbeitsmarkt integriert oder sie werden engmaschig von uns begleitet», erklärt Bircher diesen Umstand. «Zudem haben wir kaum geeignete Versammlungsorte für solche Veranstaltungen.»

Ausserdem steht die Regionalpolizei mit den Gemeinden in ihrem Einzugsgebiet laufend in Kontakt. «Bei geplanten Anlässen mit unklarem Hintergrund führen Regionalpolizei und Kantonspolizei stets nähere



Die Kantonale Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) warnt vor Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem eritreischen Nationalfeiertag. Martina Bircher, Nationalrätin und Aargauer Vize-Stadtpräsidentin, kritisiert, dass die Asylpolitik in der Eritrea-Frage «komplett versagt» habe.

Bilder: Raphael Rohner, Alex Spichale

Abklärungen durch, um Klarheit zu erhalten, wer hinter den Veranstaltungen steht», teilt die Polizei auf Anfrage mit.

Dies ermögliche es, rechtzeitig eine Lage- und Risikobeurteilung durchzuführen und geeignete Massnahmen einzuleiten. «Dass Ausschreitungen nicht die Regel sind, liegt im Übrigen sicher auch darin, dass längst nicht alle Eritreer zu ihrer politischen Haltung aktiv Position beziehen», schreiben die Kantonspolizei Aargau und die Regionalpolizei in einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber dem Zofinger Tagblatt.

## Gemeinden sollen Reservationen melden

Die Polizei erklärt, dass die eritreische Diaspora für Veranstaltungen Mehrzweckhallen, Säle oder andere gemeindeeigene Räumlichkeiten mietet. «Die

Gemeinden sind angehalten, der Kantonspolizei Aargau oder der zuständigen Regionalpolizei entsprechende Reservationsbegehren umgehend zu melden», teilt die Medienstelle schriftlich mit. Dies ermögliche der Kantonspolizei, frühzeitig geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einzuleiten.

Die Kantonspolizei und die verschiedenen Regionalpolizeien würden die Lage aufmerksam beobachten und tauschen sich untereinander, aber auch mit den Behörden des Bundes aus. «Was den Bezirk Zofingen betrifft, liegen weder der Kantonspolizei Aargau noch der Regionalpolizei Zofingen entsprechende Erkenntnisse vor», schreiben die beiden Organisationen. Auch Hinweise auf mögliche Ausschreitungen gebe es aktuell nicht.

Was Martina Bircher aber festgestellt hat, sind Landesabwesenheiten von eritreischen Staatsangehörigen zur Zeit des Nationalfeiertags. «Wir vermuten Heimatreisen – was eigentlich verboten wäre, da es sich um anerkannte Flüchtlinge handelt.» Die Stadt Aargau hat deshalb reagiert. «Wir haben eine Anwesenheitskontrolle eingeführt rund um den eritreischen Nationalfeiertag – zumindest bei den Personen, die von Sozialhilfe abhängig sind», sagt Bircher. «Bei allen anderen haben wir keine gesetzliche Handhabung.»

## Kaum mehr Primärgesuche aus Eritrea

Als Nationalrätin kritisiert sie ohnehin die Asylpolitik, die aus ihrer Sicht in der Eritrea-Frage «komplett versagt» habe. Dies sei aber vor 15 Jahren passiert. «Heute gibt es zum Glück kaum

mehr Primärgesuche. Die heutigen eritreischen Gesuche sind meist Familiennachzüge und Geburten.» Bundesbern lerne aber nicht aus den Fehlern. Heute mache man die gleichen Fehler mit den türkischen Asylgesuchen von Regime-Kritikern und -Befürwortern. «Alles wird gutgehen», kritisiert sie.

Bircher fordert Verhandlungen mit Eritrea, in denen finanzieller Druck auf das Regime ausgeübt wird, «damit zumindest Abgewiesene oder Eritreer mit Landesverweis zurückgeschafft werden können». Aber: «Die meisten der fast 50 000 Eritreer haben eine Aufenthaltsbewilligung.» Bei ihnen werde sich so oder so nichts ändern. «Im Gegenteil rechne ich damit, dass sie bald Einbürgerungsgesuche stellen oder bereits gestellt haben», ergänzt die SVP-Politikerin.

## 5G-Ausbau schreitet voran

**Mobilfunknetz** Im Aargau gibt es aktuell über 1000 Mobilfunkantennen. Und es werden mehr. Allein letztes Jahr prüfte die Fachstelle für Mobilfunk des Kantons Aargau 151 Baugesuche von Telekommunikationsfirmen. Dabei geht es nicht nur um neue Antennen, sondern auch um Umbauten zu 5G-Antennen.

Offenbar scheint sich die Bevölkerung langsam an 5G zu gewöhnen. Das sagt zumindest Simon Albrecht, Leiter der kantonalen Fachstelle Luft, Lärm und NIS (nichtionisierende Strahlung). Es gebe zwar immer noch viele Einwendungen und Beschwerden, so Albrecht zum SRF-«Regionaljournal», aber sicher nicht so viel wie zu Beginn der neuen Technologie.

Ähnliches beobachtet auch Rolf Ziebold, Sprecher des Mobilfunknetzbetreibers Sunrise: Der Widerstand flache etwas ab. Es gebe zwar gut organisierte Gruppierungen, welche den Widerstand immer wieder anstacheln würden. Aber der Ausbau werde so in der Regel nur verzögert, nicht verhindert, so Ziebold zum SRF. «Wenn alle Vorschriften eingehalten wurden, dann haben wir einen Anspruch auf eine Bewilligung.»

Entscheidend für die Bewilligung ist die Einhaltung der Grenzwerte, die der Kanton prüft. Dort heisst es, Mobilfunkanbieter würden die Grenzwerte praktisch nie überschreiten. Es ist also davon auszugehen, dass das Mobilfunknetz im Aargau in den nächsten Jahren noch dichter und schneller wird. Mit welchen Folgen, wird sich zeigen. (phh)

## Nachrichten

### 20-jährigen Italiener bei Einbruch erwischt

**Aarau Rohr** In einem Nutzfahrzeugbetrieb an der Hauptstrasse ist am Freitag um 2 Uhr nachts die Alarmanlage ausgelöst worden. Die umgehend ausgerichteten Polizisten sahen vor Ort, wie ein Unbekannter weggrannte. Kurz darauf wurde er eingeholt und in Handschellen gelegt. Die Kantonspolizei hat Ermittlungen gegen den 20-jährigen Italiener aufgenommen. Wie sich zeigte, waren im Innern des Nutzfahrzeugbetriebs Schlüsseltresore und Schränke mit einem Trennschleifer geöffnet und durchsucht worden. Dabei wurde ein beträchtlicher Schaden angerichtet. (az)

### Asylbewerber bricht in eine Lagerhalle ein

**Brunegg** Ein Angestellter eines Gastro-Grosshandelsbetriebs hat am Donnerstagabend einen Einbruch bemerkt. In der Lagerhalle der betroffenen Firma waren diverse Grosspackungen aufgerissen und deren Inhalt verteilt worden. Auch an den verpackten Esswaren hatte sich jemand bedient. Die Kantonspolizei Aargau durchsuchte das Gebäude und stiess dabei auf einen 32-jährigen Türken, der in einer Ecke am Schlafen war. Von der Polizei geweckt, liess sich der Asylbewerber widerstandslos festnehmen. (az)

# Aarau und Baden bald beim Innovationspark dabei?

Die beiden Städte wollen je 50 000 Franken investieren – entscheiden müssen die Einwohnerräte.

Der Park Innovaare ist ein Meilenstein für die Schweizer Forschung und den Kanton Aargau. Ende April fand in Anwesenheit von Bundesrat Guy Parmelin die feierliche Eröffnung statt. Die ersten Start-up-Unternehmen sind bereits eingezogen.

Nun wollen sich auch Aarau und Baden am Hightechpark beteiligen. Die beiden grössten Städte des Kantons sehen in der angestrebten Zusammenarbeit eine Chance, auch Teil des Ökosystems des Innovationsparks zu werden, heisst es in einer Mitteilung dazu.

Konkret planen Aarau und Baden jeweils 2,17 Prozent des Aktienkapitals an der Innovaare AG zu erwerben. Für die je 50 Aktien wären 50 000 Franken

fällig. Das finanzielle Engagement sei dann auch darauf beschränkt, heisst es weiter, es müssten keine zusätzlichen Betriebsbeiträge geleistet werden. «Die Wirtschaftsstandorte Aarau und Baden können durch die Beteiligung und die gestärkte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Park Innovaare ihre internationale Positionierung bei Forschung und Entwicklung glaubwürdig stärken», lassen sich Aarauer Stadtpräsident Hanspeter Hilferiker und Badener Stadtammann Markus Schneider in der Mitteilung zitieren. So könnten die Städte ihre gemeinsamen Anliegen als Wirtschaftszentren gebündelt in das nationale Kompetenzzentrum einfließen lassen.

Zudem gebe es die Option, in Abstimmung mit dem Park Innovaare bestimmte Unternehmen in Aarau oder Baden anzusiedeln. Für die bereits in den Städten ansässige Wirtschaft entstünde darüber hinaus die Möglichkeit für eine gezielte internationale Vernetzung in wichtigen Branchen.

Ganz sicher ist die Beteiligung noch nicht. Sie wird nur umgesetzt, wenn das Geschäft in beiden Städten sowohl durch den Stadtrat als auch durch den Einwohnerrat genehmigt wird. Die Stadträte haben dem Vorhaben bereits in ihren Sitzungen zugestimmt. Der Badener Einwohnerrat wird am 11. Juni darüber entscheiden, der Aarauer am 24. Juni. (phh)



Millionen-Investition am Park Innovaare – Aarau und Baden wollen auch mit dabei sein. Bild: Dlovan Shaheer